

Der Gefellschafter

Wochen- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Bezugspreis: In Nagold, durch d. Agenten, durch d. Post einschl. Postgebühren monatl. 1.80, Einzelnummer 40 Pf.

Bestellstelle: Zeitung im Oberamt Nagold. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Nr. 2

Dienstag den 3. Januar 1922

96. Jahrgang

Volksgemeinschaft.

Von Adolph Scheer.

Um diesen Begriff richtig zu erfassen, vergleicht man am besten unsere politische Lage mit derjenigen der Franzosen und Engländer. Bei beiden Völkern sehen wir, daß ihre ausführende Politik in einer einheitlichen und bestimmten Richtung geführt werden kann, weil das ganze Volk dahinter steht. Vor dem Kriege war der Revolutionsgedanke das Leitmotiv der französischen Politik. In England sehen wir, daß auch bei dem Wechsel der Regierungen von den Konservativen zu den Liberalen die auswärtige Politik ihr Hauptziel immer unerschrocken im Auge festgehalten hat; die Erhaltung der Vorkriegsstellung zur See, die sich in den beiden Schlagworten kennzeichnet: „Britannia rule the waves“ und „right or wrong our country“. Man spricht deshalb bei diesen beiden Völkern auch von einem ausgeprägten Nationalgefühl, weil sie sich darüber vollkommen einig sind, was dem Staat in seiner Gesamtheit nützlich und notwendig ist. — Die innerpolitischen Verschiedenheiten in den Kämpfen der Parteien treten dabei vollkommen zurück. Vom äußersten rechten bis zum linken Flügel sind sich in Frankreich die Anhänger aller Parteischattierungen darüber einig, was für die Ehre und den Ruhm Frankreichs geschehen muß, und ebenso ist in England kein Zweifel darüber, seien es Angehörige der Arbeiterpartei oder der beiden alten großen Parteien, konservativ und liberal, was das englische Weltinteresse erfordert.

Nach bei uns war eine Volksgemeinschaft vorhanden, als im August 1914 das Vaterland von dem Ueberfall der Feinde bedroht wurde und die große Gefahr, in der wir schwebten, jedermann deutlich vor Augen trat. Da wagte niemand, der vielleicht im Innern seines Herzens mit der Verfassung des Deutschen Reiches nicht ganz einverstanden war, diese Ansicht heranzustellen, sondern alle erdneten sich dem Gefühl unter: die Errettung aus der Gefahr, die uns bedroht, steht über allen anderen Wünschen und Interessen.

Volksgemeinschaft bedeutet, daß alle von dem gleichen Willen befeuert sind; das Vaterland muß erhalten bleiben als Grundlage für die Existenz des einzelnen. — Jede Volksgemeinschaft ist daher ganz naturgemäß national. Diejenigen, die sich außerhalb der Volksgemeinschaft stellen, vernichten den Staat, indem sie sich außerhalb dieses Gemeinwesens stellen wollen. Es ist deshalb verfehlt, wenn eine Partei für sich den Anspruch erheben will, allein die richtige Auffassung von dem nationalen Gedanken zu haben. Volksgemeinschaft ist die Grundlage und Voraussetzung für die Führung einer starken nationalen Politik. Hieran fehlt es bei uns offensichtlich schon seit geraumer Zeit, seitdem wir keine Regierung zu bilden imstande sind, die eine feste Wehrheit der Volkserrettung hinter sich hat. Im Laufe des Krieges ist unsere Volksgemeinschaft, die bei seinem Ausbruch in so erhebender Weise in Erscheinung trat, allmählich in die Brüche gegangen, und sie ist vollends zerstört worden durch die Revolution. Seitdem wird unser politisches Leben beherrscht durch den Kampf um die Schuld an dem Zusammenbruch und den Folgen des unglücklichen Kriegsausgangs.

Die neue Verfassung, die die Nationalversammlung dem Deutschen Reich gegeben und an Stelle der monarchischen Grundlage die republikanische Staatsform gesetzt hat, bestreift keineswegs alle Teile unseres Volkes, und es ist bezeichnend, daß sie von all denjenigen bekämpft wird, die diese Staatsform mit ihrer Verankerung nicht für unentbehrlich halten.

Wir können uns aber in unserer jetzigen Lage nicht den Luxus leisten, den Kampf um Staatsformen aufzuschieben, denn man kann nicht erwarten, daß es möglich ist, die in dieser Richtung auseinandergehenden Ansichten so weit zusammenzubringen, daß sich eine große Mehrheit des Volkes für eine andere Staatsform bekennen würde, wie sie nun einmal für Deutschland fest festgelegt worden ist.

Bei dem fortgesetzten Kampf um die Staatsform bleibt in unserem Volke das Mißtrauen erhalten, daß es sich um einen Umsturz der geschlichen Verfassung handelt und die Revolution als solche noch nicht beendet ist. Wir sehen ja auch, daß die kommunistische Partei unerschrocken auf das Ziel losgeht, einen solchen Umsturz herbeizuführen, der offensichtlich internationaler Völkerverbund hat. Bei allen übrigen Parteien dagegen können wir überzeugt sein, daß sie das gleiche glühende Interesse haben, das Deutsche Reich in seiner Einheit zu erhalten, weil ein solcher letzter Stoß allein die Macht gewährt, den Bestehenden- und Vernichtungswünschen der Franzosen einen festen Willen entgegenzusetzen. Die Volksgemeinschaft ist von dem Willen durchdrungen, daß wir nicht das Schicksal Europas werden dürfen, und daß die unvertilgbare Last, die uns durch den Versailles Vertrag auferlegt worden ist, in irgendeiner Weise abgemildert werden muß, weil wir sonst daran zu Grunde gehen müßten. Die Volksgemeinschaft hat also ein großes Ziel, in dem sich alle einig sind, seien es Monarchisten oder Republikaner. Gerade in der Abneigung ist das Gefühl für die Notwendigkeit, die Einheit des Reiches zu erhalten, besonders stark ausgeprägt. Sie hat den Resolutionsbestimmungen mit der wackeren Bepflanzung Preußens den schärfsten Widerstand entgegengebracht. In der richtigen Erkenntnis, daß damit nur

den französischen Wünschen, einen Teil zwischen die deutschen Säulen zu treiben, Vorkauf geleistet wird.

Der Staatsgedanke, d. h. die Erhaltung und das Weiterbestehen des Deutschen Reiches, steht jetzt über der Staatsform. In dem Gedanken an die Erhaltung des Staates können sich alle zusammenfinden, gleichgültig, welche Staatsform sie für das Reich als die beste ansehen. Jetzt gibt es zunächst, uns vor der endgültigen Entscheidung durch unsere Gegner zu bewahren, um den Anforderungen, die an uns herangetragen werden, den geringsten Willen der ganzen Nation entgegenzusetzen zu können. Bei der Entscheidung über Oberbefehlswort war eine einheitliche Auffassung, wie diesem trostlichen Grund des Friedensvertrages entgegenzutreten sei, nicht vorhanden. Wir leben darauf, wie notwendig es ist, daß bei solchen Lebensfragen eine Volksgemeinschaft in der Auffassung, was die Ehre der Nation erfordert, vorhanden ist. Genau so wie sich im August 1914 das Nationalgefühl ganz von selbst zu einer gewaltigen Rundgebung gemeinschaftlicher Auffassung des ganzen Volkes entfalten.

Die Volksgemeinschaft verlangt nicht, daß der Republikaner sich wieder zum monarchistischen Standpunkt bekehren müsse, oder daß der monarchistische Standpunkt seine innere Überzeugung obliegen soll, monach die monarchistische Staatsform der historischen Entwicklung und Befreiung des deutschen Volkes am besten entspricht, aber sie verlangt mit Recht, daß sein Mißtrauen darüber beseitigt wird, daß innerhalb dieser Volksgemeinschaft Bestrebungen vorhanden sind, die die verfassungsmäßige Grundlage, auf der wir zunächst allein weiterarbeiten können, gewaltsam umwerfen wollen. Genau wie sich im Wirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaften gebildet und befruchtigt geleistet haben, obwohl darin Vertreter zweier ganz entgegengesetzten Wirtschaftslösungen saßen, der sozialistischen und der kapitalistischen Wirtschaft, die aber dennoch einen nobis vobis gefunden haben, wie die deutsche Wirtschaft unter der heutigen Notlage zu führen sei, so wird sich eine solche Arbeitsgemeinschaft auch in politischer Hinsicht finden lassen, denn die Not der Zeit fordert sie gebieterisch. Die Form, die dafür gefunden werden kann, nennt man Revolution. — Sie ist eine politische Frage, eine Frage der Taktik. Die große Koalition und die Volksgemeinschaft sind an sich nicht gleichbedeutend, die erstere kann erreicht werden, wenn die letzte vorhanden ist. Diese aber ist die Vorbedingung für die Befreiung unseres politischen Lebens, um für die Führung der Reichsgeschäfte eine Macht hinter sich zu haben, die trotz aller militärischen Bedrohungen eine gewaltige Kraft sein kann, wenn unsere Feinde sehen, daß das deutsche Volk fähig ist, für die Erhaltung seines Bestandes wiederum einmütig zusammenzutreten.

Kleine politische Nachrichten.

Frankreich und Syrien.

Paris, 2. Jan. Bei der Besprechung des Haushaltsvoranschlags für die auswärtigen Angelegenheiten in der Kammer betonte Briand: Das Mandat Frankreichs in Syrien ist kein Kolonialmandat. Die französische Regierung werde innerhalb kürzester Zeit der Bevölkerung Syriens weitgehende Autonomie gewähren. Nach dem Abkommen von Angora sei die Sicherheit Syriens gewährleistet.

Deckung von Schadenersatzansprüchen.

Berlin, 1. Jan. Mit der englischen und französischen Regierung sind zwei Abkommen über die Deckung der in großem Umfang erhobenen Schadenersatzansprüche von englischen und französischen Staatsangehörigen aus der Anordnung außerordentlicher Kriegsausgaben in Deutschland während des Krieges beschließen worden. Die englische und die französische Regierung haben sich bereit erklärt, die von Deutschland verlangten oder von den jeweiligen Schiedsgerichtshöfen festgesetzten Beträge aus den Einnahmen der Liquidation des deutschen Eigentums an ihre Staatsangehörigen zu bezahlen. Hierdurch ist ermöglicht, die Schadenersatzansprüche der Engländer und Franzosen aus Artikel 297 E des Versailles-Vertrages ohne die neben den Reparationsleistungen laufenden Verzögerungen abzugeben.

Die Neuordnung des Arbeitsnachweises.

Das Reichsarbeitsministerium hat dem Reichstag den Entwurf eines Arbeitsnachweisgesetzes vorgelegt. In der Begründung heißt es: Der Ueberblick über die Entwicklung der Arbeitsnachweisdienstleistungen liefert den geschäftlichen Beweis, daß sich der öffentliche Arbeitsnachweis für die Organisation des Arbeitsmarktes durchgesetzt hat. Die erste Grundforderung für die Organisation ist ihre Mannigfaltigkeit. Das gesamte Reichsgebiet soll mit einem Netz von Arbeitsnachweisen überspannt werden. Das Netz darf nicht gleichmäßig sein; Bevölkerungsdichte, Bevölkerungszahl und Stellenverhältnis bestimmen den Umfang des Geltungsbereiches jedes Arbeitsnachweises. Die Bezirke sind so klar abzugrenzen, daß jeder Arbeitgeber und Arbeitnehmer seinen zuständigen Arbeitsnachweis ohne weiteres kennt. Die Arbeitsnachweise stehen nicht für sich als vereinzelt betriebliche Einrichtungen, sondern sind zusammengefaßt in den Landesämtern für Arbeitsvermittlung. Diese sind als größere wirtschaftlich zusammenhängende Bezirke zu errichten. Durch das Reichsamt wird die

Organisation des Arbeitsmarktes beschlossen. Die zweite Grundforderung ist die Einheitlichkeit der Organisation. Außer der vollkommen unorganisierten Arbeitsvermittlung der Umschau und der Zeitungsanzeige, werden folgende Formen: Der Arbeitsnachweis durch die gewerbemäßige Stellenvermittlung, der Interessenten Arbeitsnachweis. Alle bisherigen Formen sollen nunmehr vereinfacht werden.

Verantwortung der deutschen Auslandsgebühren.

Paris, 2. Jan. Raymond Gerold erklärt, daß Deutschland seine nächsten Verpflichtungen dadurch erledigen solle, daß die deutschen Kapitalien im Ausland geboten würden. Rathe an habe selber zugegeben, daß sich bedeutende Summen, die Deutschland gebühren, im Ausland befinden. Man solle deshalb vorschlagen, von diesen Guthaben 500 Millionen Goldmark abzugeben. Dies würde Deutschland den großen Vorteil, daß sich die Industrie andersfalls nicht mit Rohstoffen versorgen könne, ersparen.

Aus aller Welt.

Zunahme der Banknotenfälschungen.

† Eine gewaltige Zunahme der Fälschungsdelikte und Banknotenfälschungen ist in den letzten Jahren zu verzeichnen gewesen. Die Fälschungsdelikte der Reichsbank hat seit 1918 60 Fälschungsdelikte aufzuweisen. Die Zahl der in Deutschland aufgehobenen Fälschungsdelikte beträgt in dieser Zeit 100. Seit dem Jahre 1921 ist die Menge der gefundenen Fälschungsdelikte etwa um ein Drittel gestiegen, jedoch Anzeichen für eine Besserung der Verhältnisse vorliegen.

Die Tat eines Irren.

† Berlin, 2. Jan. In einem Anfall von Geisteskrankheit tötete ein Arbeiter gestern den Anführer der Arbeiterbewegung und nach ihm einen Dolmetscher auf die Posten ein, von denen eine Anzahl schwer verletzt wurden. Ein Schupo-Wachmeister wurde getötet. Ein Bauarbeiter machte dem Unruh ein Ende und erschoss die Gestalt des Irren.

Einsturz eines Tunnels.

† Paris, 2. Des. Der Tunnel zwischen Colombiers und Ile sur la Doube auf der Linie Besancon ist eingestürzt. Der Einsturz erfolgte in dem Augenblick, als der Sprengzug Lyon-Strasbourg in den Tunnel einfahren wollte. Es gelang der Selbstrettung des Lokomotivführers, den Zug nach rechts zum Steigen zu bringen, jedoch ein Unfall verhängt wurde.

Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, 3. Januar 1922.

* Auf dem Postamt war in den letzten Tagen des Jahres ein reger Anlauf; Briefe wurden in gemäßigtem Mengen eingeliefert, vor allem Druckfachen von den Geschäftsfirmen. Auch der Geldverkehr war außerordentlich. Wesentlich ruhiger ist es an den Schaltern seit 1. Januar.

* Die Frage der Lehrerbildung. Der Referentenentwurf des Reichsministeriums des Innern über die Lehrerbildung, der gegenwärtig allen Unterrichtsministerien der Länder vorliegt, fordert, daß alle an öffentlichen Lehranstalten hauptamtlich angestellten Lehrer und Lehrerinnen, mit Ausnahme der berufstechnischen Lehrer an den Fachschulen, vor ihrer Ausbildung für das Lehramt eine wissenschaftliche, künstlerische oder technische höhere Lehranstalt erfolgreich besuchen oder durch eine besondere Prüfung eine gleichwertige Bildung nachgewiesen haben. Für die Berufsausbildung hält der Entwurf den Besuch einer Hochschule und praktisch pädagogischen Schule für erforderlich. Vom Schuljahr 1922/23 ab müsse der Abbau der bisherigen Lehrerbildungsanstalten durchgeführt werden, der bis 1928 beendet sein müßte. Nach diesem Zeitpunkt soll die Lehrerbildung nur noch den auf Grund der reichsrechtlichen oder der mit diesen in Übereinstimmung stehenden landesrechtlichen Vorschriften erworben werden können.

* Diäten der Gemeinderäte. Nach einer Verfügung des Ministeriums des Innern ist beabsichtigt, für die Gemeinderatsmitglieder, sowie für die Rechnungsbeamten, die für die staatlichen Beamten möglichenfalls Reiseaufwandsentschädigungen zu übernehmen, sobald eine endgültige staatliche Regelung vorliegen wird. Da dies noch längere Zeit im Ausstand bleiben muß, werden die Entschädigungen der Zeitung entsprechend erhöht. Wenn die Hin- und Rückreise am gleichen Tag stattfindet, beträgt sie 40 Pf. bei auswärtigem Uebernachten 65 Pf. Die Sätze gelten auch für Gemeindevorstände und Verwaltungsschreiner. Das Kilometergeld wird auf 80 Pf. erhöht, die Zeitungsergütung in bestimmten Fällen auf 10 Pf.

* Ausschreit auf den Ortsofeln. Das Ministerium des Innern hat an die Ortspolizeibehörden einen Erlaß geschickt, daß die Ausschreitungen auf den Ortsofeln zu ändern und zu erweitern sind. Neben der Bezeichnung des Ortsamtsbezirks ist nur noch der Name des Orts und die Angabe, ob Stadt, Markt, Dorf oder Weiler anzubringen. Die früheren mündlichen Angaben sind zu bestrichen.

* Vorfall bei Sendungen nach dem besetzten Gebiet. Die Interalliierte Rheinlandkommission in Coblenz hat sich

Wand-Notiz-Kalender für das Jahr 1922.

Januar	1. Neujahr, Feiertag	2. Heiligabend, Feiertag	3. Silvester, Feiertag
Februar	1. Karfreitag, Feiertag	2. Aschermittwoch	3. Fastnacht, Feiertag
März	1. Karfreitag, Feiertag	2. Aschermittwoch	3. Fastnacht, Feiertag
April	1. Karfreitag, Feiertag	2. Aschermittwoch	3. Fastnacht, Feiertag
Mai	1. Karfreitag, Feiertag	2. Aschermittwoch	3. Fastnacht, Feiertag
Juni	1. Karfreitag, Feiertag	2. Aschermittwoch	3. Fastnacht, Feiertag
Juli	1. Karfreitag, Feiertag	2. Aschermittwoch	3. Fastnacht, Feiertag
August	1. Karfreitag, Feiertag	2. Aschermittwoch	3. Fastnacht, Feiertag
September	1. Karfreitag, Feiertag	2. Aschermittwoch	3. Fastnacht, Feiertag

er Witmar in der
Willa Erla an
K. Kapold, zur
erchtag.
liegt nunmehr
nischen Bundes-
stwahl, da die
ung des Kirch-
der g'hten Be-
ler kleinere Be-
Wahl soll in
berach Raons-
gumamergelegt.
nssliche Abge-
lar, Heilbronn,
igen Um, Eby
ein arstlicher
n weihen die
geordneten nach
er Vorstand der
Sigung die Er-
stwahl (R. 23)
Marzen großen
einer Frauen-
der Reform-
ule in Oberst-
amt. Zu dem
sfehenwort hat
sferungsanträge
2. Jan. Mit
w. Hauptver-
sind politische
verzeim, Klein-
Abde, Verband
schäftsbeamten,
n) verbunden.
u. Replisfrage
Nachd. e bei der
halten; Tomä-
Brau vom
inger u. a.
Stuttgart. Das
um einer Volk-
Gumboldi-Ges-
durch für ihre
Weiterbildung
zur Verfügung.
e praktische Ein-
auf diese Weise
einer Volksfrage
Stuttgart 30. De-
unter dem Vor-
n mit den Or-
gankassare statt
den Fächle
ntern und Ver-
Die im Vorjahr
bekanntes und
fernen des Ver-
wurde noch über
beruigen an
die Wsten der
Januar findet
täglich B'se in
sammlung nur
Das Schiffe-
Dienstmädchen
tion zu 500 M
versteilt. Sie
Zellung Wasser
Ich droba an,
die Alte, Heß
in ihren Zug
fer der letzten
auf dem breiten
eran und ver-
g'schuld, die
unverantwortet mit
e Mädchen sah,
in kleinen Kost-
e Gardinen des
es sah heraus;
erender Gesund-
wieder glänzend
as Lager. Er
s Zimmer, die-
ange Boge kam
Wunde um das
s Zeit gelangt
e Bedrude eine
loren und auf
ter zu; dieses
chen aus lan-
el, daß er das
legte die An-
ar, gewisser zu
e die Gardinen
menzschreden;
Kog ein bren-
n ihn an; ein
ch Worten zu
e Worten zu
erhung folgt.)

in Mengen von 10-20 Prozent der an die Rundschaft abge-
gebenen Milch beigemischt. Der Sachverständige führte aus,
daß der vorliegende Fall eine der größten Milchschädlungen
vorstelle, die je in Stuttgart ermittelt worden seien. Der
Gesamtwassergehalt belief sich pro Liter auf etwa 80 Liter (1)
p **Bildung eines Finanzgerichts.** Stuttgart, 2. Jan.
Mit Wirkung vom 1. April 1922 ab wird dem Landesfinanz-
amt Stuttgart ein Finanzgericht angegliedert, das vier Kom-
mern erhält und seinen Sitz in Stuttgart hat. Die Gesamt-
zahl der für das Finanzgericht zu wählenden ehrenamtlichen
Mitglieder und Vertreter beträgt 80. Davon sind zu wählen
vom Württ. Landtag 38, vom hohenzollerischen Landesaussch-
schuß 2, von der Handelskammer Stuttgart 3, von der Han-
delkammer Reutlingen 2, von den übrigen Handelskammern
des Landes je 1, von der Handwerkskammer Stuttgart 4, von
der Handwerkskammer Ulm 2, von den Handwerkskammern
Heilbronn und Reutlingen je 1, von der Landwirtschaftskam-
mer 11 und von den Bezirksarbeiterräten 10. Die Wahlen
werden vorläufig am Württ. Landtag aus dem Stande der
Arbeitnehmer im Sinne des Betriebsratsgesetzes gewählt. Die
Wahl der ehrenamtlichen Mitglieder ist spätestens bis zum
1. Februar 1922 zu übernehmen; ihre Wahl gilt vom 1. April
1922 bis zum 31. März 1928.

r **Strawerrienerkan.** Heilbronn, 1. Jan. Wie wir er-
fahren, wurde in einer Ausschreibung der Aktienbrauerei
Fah, l. B. berichtet, daß nun auch das Strawerrienerkan nebst
dem noch vorhandenen Inventar abgetrieben werden konnte.
Käuferin ist die Stadtgemeinde Heilbronn, die sich in erster
Linie das große Areal für Siedlungsweide, dann aber auch
genügendes Baumaterial sichern will. Der gekaufte Kaufpreis
beträgt 2,8 Millionen Mk. Mit dem Abbruch zur Ver-
wertung von Baumaterial wird bereits in den nächsten
Wochen begonnen werden.

r **Brand.** Schwabmberg, 1. Jan. Der der Familie
Schneider im Oberen Hausdachhof gehörende Stadthof Hof
ist ein Opfer der Flammen geworden. Ueber die Brandur-
sache ist noch nichts bekannt. Das Vieh soll größtenteils ge-
rettet sein.

r **Der Wasserfall.** Urach, 1. Jan. Seit Ende Juni hat in-
folge der großen Trockenheit der Uracher Wasserfall ausgedr-
et zu existieren. Die Beschreibungen vieler, die Quelle des Behäl-
ders, der nach kurzem Lauf über die Hochstufe den be-
nannten Wasserfall bildet, sei für immer versiegt, hat sich allmählich
weise nicht bestätigt. Sie sporadisch wieder lebhaft aus dem
Felsgeröll hervor, aber freilich vorerst nur bis zur Schughöhe,
wo das Wasser allmählich wieder versiegt. Wenn sich noch
einige günstige Regenfälle einstellen, so wird der Wasserfall
bah wieder brunnend werden können.

r **Städtische Ausstellung für Landwirtschaft und Ge-
werbe 18. bis 22. Mai 1922.** Ulm, 2. Jan. Der in der
Sigung vom 15. Dezember gebildete Finanzausschuss und
Ausschuss für Handwerk, Handel und Industrie lagte am 29.
Dezember unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr.
Schwammbecker. Dabei wurde die gesamte Friedrichs-
straße nebst dem dahinterliegenden Erzbergerplatz als Ausstellungs-
gelände endgültig bezeichnet. Die Ausstellung wird sich in fol-
gende Abteilungen gliedern: Landwirtschaftliche Maschinen
und Geräte, Landw. Betriebsmittel, Landw. Versicherungswesen,
Molkerei und Milchwirtschaft, Obstbau und Obstver-
wertung, Ausstellung für Kleintierzucht, Landw. Vereins-
und Gewerkschaftswesen, Ländliche Wohnstättenpflege, Or-
ganisation des Handwerks, die verschiedenen Handwerkszweige
Erhaltung ländlicher Hauseinrichtung, Bauhandwerk und Bau-
materialien, Meliorationswesen, Elektrizität, Firmen des
Handwerks und der Industrie, die sich an der Ausstellung
beteiligen wollen, sowie alle Vereine und Körperschaften, die
die eine oder andere der vorgenannten Ausstellungsabteilungen
besuchen wollen, werden gebeten, sich bis spätestens 15. Febr.
1922 bei der Ausstellungsleitung in Ulm a. D. Seidelhofstraße
20 schriftlich zu melden und die Ausstellungsbedingungen
von dort anzufordern.

r **Reaktionsmalheur en gros.** Ulm, 1. Jan. Bei
der Reaktion des Schwäbischen Volksboien wurde eine ganze
Schachtel voll Malheur abgerachen. Sie sollen beim Bear-
beiten der Felder sich in Massen befinden.

r **Ulmer Abzettelung.** Langenau, 2. Jan. Der Verlag
des Langenauer Anzeigers läßt ab 1. Januar eine tägliche
Zeitung erscheinen, die Ulmer Abzettelung, zu welchem Zweck
eine Gesellschaft m. b. H. gegründet wurde, hinter der der
landwirtschaftliche Bezirksverein Ulm steht. Das Blatt ist
politisch neutral.

r **Steigen des Redars.** Heilbronn, 1. Jan. Der
Wasserstand des Neckars ist im Steigen begriffen. Lange
schon warten Tausende auf das Eintreten fruchtiger Witterung,
die es ermöglicht, die Schiffahrt wieder aufzunehmen, die nun
schon seit Monaten völlig brach liegt. Nun, da der Neckar
allein in der Nacht zum Sonntag fast um einen halben
Meter stieg, und Aussicht besteht auf Erhaltung eines solchen
Wasserstandes, dürfte auch die Kohlenversorgung besser werden.

Landwirtschaft, Haus und Hof.

Die Dängernot der Gärten
Ist nicht nur in der Stadt, sondern auch häufig auf dem Lande
groß. In der Stadt ist die Nachfrage durch die Kleingärten
gesteigert. Stalldünger ist im Preise sehr gestiegen und trod-
dem kaum beschaffbar. Daher muß vielfach zu Ersatz gegriffen
werden. Dünger, der jetzt über Winter anhäuft, wird in
Faulen gefest, mit Torfmull oder Erde leicht durchschichtet,
festgetreten und durch Jauche oder Wasser feucht gehalten.
Wo möglich, sollte auch ein Abdecken mit Erde stattfinden.
Dängereisig haben wir — abgesehen vom Randsdünger —
vor allem im Straßenscheidt und im Torfmull. Straß-
scheidt ist in seinem Wert sehr verfallen; es bestehen gegen
ihn ungerechtfertigte Vorurteile. Es ist richtig, er bringt
meist viel Unkraut und macht den Boden trocken. Aber beide
Mängel sind namentlich für kleinere Gärten ohne Schwere-
gewicht. Die Nachteile sind leichter zu, meist mit einemmal-
gem Gaden zu beseitigen; gegen Trockenheit hilft zeitiges Ein-
bringen, gutes Vermischen mit Erde, festes Pflanzen und
Gießen. Alles das ist durchführbar. In letzten Jahren auf-
gezeigt und unter Jauche gehalten, gibt Straßenscheidt nach
einem Viertel bis einem halben Jahre eine mürbe, bräunliche
speckige Masse, die als Dünger höchst wertvoll ist. Ein
weiter wichtiger Dängereisig ist Torfmull. Sein Vorzug
ist der reiche Gehalt an Humus, sein Mangel der geringe
Gehalt an sonstigen Nährstoffen. Diese kann man hinzufügen,

dadurch, daß der Torfmull auf zwei bis drei Tage in Jauche
geworfen wird. In Torfmull wurzeln alle fruchtgepflanzten
Blüme, Erdbeeren, Gurken und Kohlraben vorzüglich. Nur
für Gemüse, die festen Boden wollen, wie z. B. Zwiebeln,
porker oder weniger. Besonders auf schweren Bodenarten wirkt
Torfmull Wunder.

In der Gründlung haben wir eine weitere Däng-
quelle. Im intensiven Gartenbau wird freilich der Boden
mit zwei, auch drei Ernteerträgen belegt, da ist für Gründlung
wenig Platz; aber wo weniger intensiv gemüchelt wird,
da werden als Vor- oder Nachfrucht Gründlungspflanzen
mit großem Erfolg gebaut. Sie bringen Humus, Nährsalze
und bei ihrer Zerlegung auch die für die Pflanzen so wich-
tige Kohlensäure. — Die zeitgemäße Frage: Können im deut-
schen Gartenbau Gründlungspflanzen zweckmäßig angebaut
werden, und wie? war Gegenstand eines Preiswettstreits
der deutschen Gartenzeitschrift „Der Praktische Gärtner im
Obst- und Gartenbau“ in Frankfurt a. O. deren Geschäfts-
amt bereit ist, den Abonnenten des „Gärtnerkreises“ die Ver-
sorgung auf einen ihr übermittelten Wunsch hin kostenlos zu-
stellen.

Weine, welche nicht genügend vergoren sind, werden
mittlerweile dickflüssig und schleimig. Diesen Uebelstand be-
seitigt man durch Umlagern des Weines, und nament-
lich, daß derselbe hierbei möglichst hoch fließt, damit er genü-
gend mit der Luft in Berührung kommt; auch empfiehlt es
sich, den Wein in einen Behälter zu lassen und ihn mit
einem neuen Kutenbeisen zu versetzen. Oder man nimmt
einen Teil des Weines, erwärmt ihn und schüttet diesen mög-
lichst feinen Wein wieder zum Fasse, rührt dann gut um,
füllt das Fass bis oben voll und läßt das Spundloch offen.
Durch Zuzugabe des warmen Weines tritt eine neue,
schwache Gärung ein, und sobald diese sich durch leichtes
Bubeln im Fasse bemerkbar macht, füllt man ihn in ein
anderes geschwefeltes Fass und läßt ihn bis zum Abziehen auf
Böschchen liegen.

Bermischtes.

— **Die Kaufkraft der Mark.** Die furchtbare Entwer-
tung der deutschen Mark im Ausland hat im deutschen In-
land eine gewaltige Steigerung der Lebenshaltung zur Folge.
Während im Juni 1914 das Existenzminimum einer 4 köp-
figen Berliner Familie auf 29 M wöchentlich angesetzt
werden konnte, betrug es im Juli 1921 324, im August 339, im
September 349, im Oktober 386 und im November bereits
509 M wöchentlich. Davon entfielen 222 M auf Nahrung,
10 M auf Miete, 31 M auf Heizung und Beleuchtung, 128
M für Kleidung und 119 M für sonstige Ausgaben. Diese
Ausgaben, die gewiß recht niedrig gehalten sind, dürften je-
doch für den Durchschnitt der Bevölkerung viel zu niedrig ge-
griffen sein. Wenn man den durchschnittlichen Preis der le-
benswichtigen Dinge berechnet, so ergibt sich seit Juni 1914
eine 35fache Preissteigerung. Die Kaufkraft der Mark im In-
land entspricht noch dem Wert von 6 Friedensfranken. Im
Ausland gilt die Mark angeblich nur noch 2-3 J. Bis
sich also unsere Preise dem heutigen Auslandswert der Mark
annähern haben, wird die Lebenshaltung noch dreimal teur-
er werden müssen, vorausgesetzt, daß nicht inzwischen eine
Wendung zum Besseren eintritt.

Kunst, Wissenschaft, Theater.

Württ. Landestheater. Spielplan von Dienstag 2. bis
einschl. Montag 9 Januar. Großes Haus: Dienstag Die
Reiterflieger von Nürnberg, Mittwoch Hänsel und Gretel
— Tänze, Donnerstag Der Corcorator, Freitag Valentin,
Samstag Die Besten, Sonntag Morgensterne Der Tanz,
abends Die Böhle, Montag Die Jungfrau von Orleans, —
Kleines Haus: Dienstag Egge und sein Ring, Mittwoch
Peer Gynt, Donnerstag Und Piva tanzt, Freitag Max und
Moritz — Im Weihnachtswald, abends Der Kaufmann von
Venedig, Samstag Valentin und Bastienne — Die Wärrerin
aus Liebe, Sonntag Max und Moritz — Im Weihnachts-
wald, abends Rabels und Liebe.

Familiennachrichten.

Kauwärtige.
Geftorben: Julie Böhler, Altensteig; Feleberitz Fern
geb. Waldelch, 80 Jahre alt, Simmersfeld.

Legte Drahtnachrichten

Der Stand des Eisenbahnerstreiks.

Berlin. Die sozialistischen Eisenbahner Deutsches haben
sich, wie der Berl. Volk-Anz. erfährt, in einer Funktionärs-
sammlung gegen das bekannte Kompromiß ausgesprochen.

Berlin. Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisen-
bahnerverbands hat über den Zustand der Eisenbahner
einen Beschluß gefaßt, in dem es heißt, daß der erweiterte
Vorstand der am 31. Dezember zustande gekommenen Ver-
einbarung unter der Voraussetzung zustimmt, daß sowohl die
Ergänzungsvorhandlungen zu der Vereinbarung als auch die
am 5. Januar beginnenden allseitigen Verhandlungen eine
durchgreifende Regelung der Lohn- und Gehaltsverhältnisse
für alle Orte bringen. Der Vorstand erwartet, daß die Ab-
glieder des Verbandes in allen Ortsgruppen Disziplin üben
und den Dienst sofort aufnehmen, soweit es nicht schon ge-
schehen sein sollte.

Berlin. Eine Funktionärskonferenz der Ortsgruppe Ber-
lin des Deutschen Eisenbahnerverbands hat gestern, wie der
„Vorwärts“ mitteilt, beschlossen, daß die Arbeit in den Be-
trieben bis heute Abend 10 Uhr restlos aufgenommen ist. In
den Werkstätten soll spätestens Dienstag früh wieder gear-
beitet werden.

Die rote Fahne veröffentlicht unter der Ueberschrift
„Achtung Eisenbahner!“ ohne Kommentar den Beschluß zur
Wiederaufnahme der Arbeit.

Breslau, 2. Jan. Der Eisenbahnerstreik ist heute Nach-
mittag abgebrochen worden. Die Eisenbahndirektion hofft,
bis Abends 10 Uhr den vollen Betrieb sowohl in Güter- wie
im Personenverkehr wieder aufnehmen zu können.

Das Verständigungs-Dokument.

Berlin. Zwischen den unterzeichneten Vertragspartnern
des Lohnvertrages ist eine Vereinbarung zustande gekom-
men, in der es heißt:

An die Stelle des bisherigen Ortsklassenverzeichnis
des Lohnvertrages tritt das vom Reichstag beschlossene
Ortsklassenverzeichnis für die Reichsbeamten mit den Verän-
derungen, die bis zum 1. Mai 1922 durch einen Reichsstaats-
und Reichstagsausschuss noch getroffen werden sollen. Diese
Vereinbarung tritt mit dem 1. Oktober 1921 in Kraft. —
In solchen Orten, in denen bisher in den Lohnverträgen
Uebertenerungsansätze vereinbart waren, werden diese mit
Wirkung vom 1. Oktober 1921 ab vorläufig um 1 M in der
Stunde erhöht. Im belegten Gebiet werden vorläufig mit
Wirkung vom 1. Okt. 1921 an in denjenigen Orten, die so-
wohl nach dem bisherigen Ortsklassenverzeichnis des Lohn-
vertrages als auch nach dem nunmehr übernommenen
Ortsklassenverzeichnis zur Ortsklasse A gehören, Uebertener-
ungsansätze in Höhe von 1 M in der Stunde gewährt.
Es wird festgesetzt, daß nach den Zusagen des Reichs-
kabinetts die allgemeinen Verhandlungen über Gehalts- und
Lohnbedingungen am Donnerstag, den 5. Januar 1922, im
Reichsfinanzministerium beginnen. Im Hinblick auf diese
Verhandlungen werden mit Vereinstimmung zwischen den ver-
tragschließenden Parteien die bestehenden und einzeln neuen
Uebertenerungsansätze mit Wirkung vom 1. Oktober 1921
endgültig vereinbart. Streikmaßnahmen werden nicht be-
zogen. — Maßregelungen wegen Arbeitsverletzung können nicht statt-
finden. Vorbehaltlich bleibt die Verfolgung von gewalttätigen Ein-
griffen in Verwaltung, Betrieb und Verkehr — Die vertrag-
schließenden Vereinigungen verpflichten sich, mit allen ihnen
zur Verfügung stehenden Mitteln auf die sofortige Wieder-
aufnahme der Arbeit hinzuwirken.

**Deutscher Eisenbahnerverband, Gewerkschaft deutscher
Eisenbahn- und Staatsbeamter, Allgemeiner Eisenbahner-
verband, Reichsverband m. a. m.**

Verkehrskongressen.

Wrag, 3. Jan. Wie die „Tagesspost“ berichtet, hat die
jugoslawische Regierung von der französischen Regierung eine
Einladung erhalten, im Februar in Wrag an einer Verkehrs-
kongress zur Regelung des direkten Warenverkehrs zwischen
Frankreich, Italien, Deutschland, Oesterreich und Jugoslawien
teilzunehmen. — In Belgrad hat gestern eine Verkehrs-
kongress der Balkanstaaten begonnen. Als erster Punkt wurde
die Frage des direkten Personen- und Warenverkehrs zwischen
Nord- und Südamerika, besonders mit Konstantinopel und
Athen, beraten.

Eine herbeide Konferenz.

London, 2. Jan. Reuters meldet aus Washington: Die
Konferenz näherte sich ihrem Ende. Man erwartet, daß noch
2 Vollstimmungen abgeholt werden. Die eine werde die be-
deutlich der Marinefrage, die andere die bezüglich des fernem
Ostens noch unerledigten Punkte regeln. Es scheint, daß
der 14. Januar, an dem Ba four und Lord Lee nach Eng-
land zurückzukehren gedächten, als Datum des Schlußes der
Konferenz festgehalten werde. Die Ratine Sachverständigen
hoffen, noch einige Einzelfragen zu erledigen.

Die neue Handelsflagge.

Berlin, 3. Jan. Die „Voss. Zig.“ meldet aus Hamburg:
Der Wechsel in der Handelsflagge hat sich im Hamburger
Hafen in aller Ruhe vollzogen. Die am Sonntag Morgen
in See gegangenen deutschen Schiffe verließen den Hafen mit
der neuen Handelsflagge im Ged.

Die neue Handelsflagge.

Dinkelshöhl, 2. Jan. In der Epiphaniennacht nach 12 Uhr
warf ein junger, etwa 22 Jahre alter Mann, dessen Perso-
nalia noch nicht festgestellt sind, auf den dichtbesetzten
Marktplatz vor der Kirche, von der Chorkirche herabgeblasen
wurden, eine selbstgefertigte Bombe, in der sich Dynamit,
Kupfer, Glas- und Eisenstücke befanden, in die Menge. Nach
den bisherigen Feststellungen wurden etwa 50 Personen, dar-
unter 20 schwer, verletzt.

Der Hauptgewinn der Sparprämienleihe gezogen.

Berlin, 2. Jan. Die Berl. Zig. schreibt: In den Näm-
men der Reichsschuldenverwaltung begann heute vormittag
die Gewinnverlosung für die Sparprämienleihe. Der Haupt-
gewinn in Höhe von 1 Million Mark fiel auf Gruppe 2475
Nr. 23.

Ein empfindlicher Verlust.

Berlin, 3. Jan. Der „Berl. Volksan.“ meldet aus Pottau:
Ein Kaufmann aus London verlor im D. Zug auf der Strecke
von Pottau nach Weiz eine Geldkassette, in der sich ein Scheck
der Rumänischen Bank in Bukarest auf 150 000 Lei, ein
Depositchein der Ansbacher Bank auf 5,6 Millionen Kronen, ein
Wechsel der Londoner Bank auf 250 Pfund Sterling, des-
gleichen ein Scheck auf 1376 Pfund Sterling, ein Scheck der
Reddishbank in Paris auf 88 Pfund Sterling und andere
Banknoten befanden.

Schiffsverlerte.

Berlin, 3. Jan. Nach einer Meldung des „Berl. Vol. Anz.“
aus Oldenburg ist der Dampfer „Kauze“ mit 15 Personen
Besatzung verunglückt.

Berlin, 3. Jan. Dem „Berl. Vol. Anz.“ zufolge ist der
Schleppdampfer „Herkules“ aus der Nordsee nach Lughaven
heimgekehrt, ohne eine Spur des Dampfers „Fehmarn“ ge-
funden zu haben. Er hatte noch einen dringenden Hilferuf
des Dampfers aufgefangen.

Legte Kurz-Meldungen.

Das „Echo de Paris“ veröffentlicht Einzelheiten über
die Verträge zur Gründung eines Finanzkongresses für den
Wiederaufbau Mittel- und Osteuropas. Dorthin heißt es,
Deutschland müsse an dem Unternehmen teilnehmen.

Wie der „Berl. Vol. Anz.“ aus Wilhelmshafen berichtet,
wurde dort eine Diebstahlsbande verhaftet, die von der Reichs-
wehr für 200 000 M Metalle gestohlen hatte.

Beland erklärte im französischen Senat endgültig, Frank-
reich werde keinerlei Nachgiebigkeit in seiner Zahlungsforde-
rung gegen Deutschland zeigen.

Die Erhöhung der Eisenbahn-Verkehrssteuer wird vom
1. Februar ab 75 Prozent betragen.



